

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 173 (2007)

Heft: 6

Rubrik: Bericht aus dem Bundeshaus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Berichte des Bundesrates

Jahresbericht 2006 des Bundesrates über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden

Ausgangslage

Der Bundesrat hat Ende März 2007 den Jahresbericht 2006, der einen Überblick über Aktivitäten und thematische Schwerpunkte der Schweiz in der Partnerschaft für den Frieden (PfP) gibt, gutgeheissen.

Themen

Nach einem kurzen Gesamtüberblick werden in einem ersten Teil die politischen und militärischen Konsultationen im Rahmen der Partnerschaft zusammengefasst, in einem zweiten Teil die praktische Zusammenarbeit in zivilen Themenbereichen und im dritten Teil diejenige im militärischen Bereich.

Konsultationen im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC)

Die Konsultationen waren 2006 vor allem geprägt vom friedensunterstützenden Einsatz in Afghanistan und der Reform der Partnerschaft, die auch eines der zentralen Themen am Treffen der Staats- und Regierungschefs vom November in Riga war. Zwar waren die Partnerstaaten dieses Mal nicht zum Gipfeltreffen eingeladen, sie wurden jedoch bereits frühzeitig in die Diskussionen rund um die Reform der Partnerschaft miteinbezogen.

Praktische Zusammenarbeit

In der praktischen Zusammenarbeit beteiligte sich die Schweiz – wie in den vergangenen Jahren – vor allem an Aktivitäten zur Verbesserung der militärischen Zusammenarbeitsfähigkeit in friedensunterstützenden Einsätzen und Einsätzen zur Unterstützung humanitärer Hilfeleistungen. Sie unterstützte Partnerstaaten, vor allem in Südosteuropa und im Südkaukasus, bei der Reform der Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen und bei der sicheren Verwahrung und Vernichtung von Munition, Kleinwaffen und Personenminen, und sie führte verschiedene Ausbildungskurse durch (vor allem zum humanitären Völkerrecht). Diese Beiträge entsprechen den langjährigen thematischen Schwerpunkten der Schweiz; sie führte damit ihre bisherige Politik

und Tätigkeit im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden fort.

Nutzen für die Schweiz

Die Schweiz nutzt die Partnerschaft als Instrument, um ihre sicherheitspolitische Strategie «Sicherheit durch Kooperation» international umzusetzen. Die Partnerschaft bietet die Möglichkeit für eine selektive, von eigenen Interessen bestimmte Kooperation. Die Schweiz kann dabei Art und Ausmass ihrer Beteiligung selber bestimmen, ohne sich zu etwas verpflichten zu müssen.

Die Schweiz steht vor denselben sicherheitspolitischen Herausforderungen wie ihre Partner und befindet sich wie alle europäischen Staaten in einem sicherheitspolitischen Reformprozess. Durch den Dialog mit ihren Partnern kann die Schweiz Erkenntnisse für die Weiterentwicklung ihrer Sicherheitspolitik und die Modernisierung der Armee gewinnen. Aus aussenpolitischer Sicht stellen die Schweizer Beiträge im Rahmen der Partnerschaft einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der bilateralen Beziehungen zu ausgewählten Staaten dar.

Angebot der Schweiz

Die Schweiz bot ihren Partnern insgesamt rund 20 Ausbildungskurse an, wobei die Schwerepunkte wie in vergangenen Jahren auf dem humanitären Völkerrecht, der zivil-militärischen Zusammenarbeit, der Abrüstung und Rüstungskontrolle, dem Gebirgstraining und der sicherheitspolitischen Ausbildung lagen.

Aus der Fülle von Ausbildungsangeboten und Unterstützungsprogrammen nachfolgend eine Zusammenfassung der Tätigkeiten des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik (GCSP) und des International Relations and Security Network (ISN) der ETHZ – eines Kompetenzzentrums für moderne Informationstechnologien.

Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP): Das Kursangebot des GCSP umfasste den neunmonatigen internationalen Ausbildungskurs in Sicherheitspolitik, den dreimonatigen Ausbildungskurs in europäischer Sicherheitspolitik und den dreimonatigen Ausbildungskurs in neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen, die alle für Teilnehmer aus den PfP-Staaten, aus den Mittelmeerdialo- und Staaten sowie aus fernöstlichen Staaten offen stehen. Das Zentrum bot auch eine grössere Anzahl von sogenannten Kurzkursen an, die in- oder ausserhalb von

Genf angeboten wurden und spezifische Ausbildungsbedürfnisse abdecken. Es entwickelte einen internetbasierten Kurs zum Thema «Globalisierung». Im Mai organisierte das GCSP – in Zusammenarbeit mit dem Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) – zudem einen Workshop zur PfP-Initiative «Education for Reform», um die Ausbildungsbedürfnisse im Bereich des Aufbaus von demokratischen Verteidigungsinstitutionen (im Rahmen des PAP-DIB) zu eruieren. Als offizielles PfP-Trainingszentrum vertrat das GCSP seine Interessen innerhalb der zertifizierten PfP-Trainingszentren und im «PfP Consortium of Defence Academies and Security Studies Institutes» (speziell in der Arbeitsgruppe «Curriculum Development»).

International Relations and Security Network (ISN) der ETHZ: Das von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich betriebene ISN führte zahlreiche Projekte zugunsten von PfP durch: Das internetbasierte Planungs- und Managementsystem PRIME (das zur Verwaltung sämtlicher in PfP angebotenen Kurse und Veranstaltungen dient) wurde plangemäss zu ePrime ausgebaut, inklusive neuer Möglichkeiten zur Online-Zusammenarbeit sowie einer Integration der vorhandenen E-Learning-Kurse. Im Bereich E-Learning bilden die vom ISN mitentwickelten Lösungen weiterhin die PfP-Standardprodukte; sie werden bei den PfP-Trainingszentren, bei internationalen Stabsübungen und auch bei einigen nationalen Armeen breit eingesetzt. Das ISN unterstützte auch die Schweizer Armee beim Aufbau entsprechender Ausbildungslösungen. Daneben wird weiterhin ein Ausbildungsprogramm für Sicherheitsorgane in Transformationsstaaten betrieben, basierend auf praxisorientierten Beratungsdienstleistungen an der Schnittstelle zwischen Informationstechnologien und Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und anderen Formen asymmetrischer Bedrohungen. Zu diesem Zweck wurden mehrere strategische und operative Analyseurse für zivile und militärische Nachrichtendienste in Zentralasien, im Südkaukasus und in Südosteuropa durchgeführt.

Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik war 2006 ausserdem verantwortlich für die Organisation und Durchführung des «International Security Forum»

(ISF), das vom 26. bis 28. Oktober in Zürich stattfand. Das ISF ist eine Konferenz zu aktuellen Fragen der internationalen Sicherheitspolitik, die alle zwei Jahre in der Schweiz stattfindet und abwechselnd von der Forschungsstelle in Zürich und dem DCAF in Genf federführend organisiert wird. Das ISF fand dieses Jahr zum achten Mal statt – mit rund 500 Teilnehmern – und war dem Thema «New Risks and Threats: The Challenge of Securing State and Society» gewidmet.

Bericht 2006 über den Einsatz der Schweizer Kompanie (Swisscoy) in der multinationalen Kosovo Force (KFOR)

Ausgangslage

Der Einsatz der KFOR und damit der Swisscoy geht 2007 ins achte Jahr, und noch immer lässt sich nicht absehen, wann die Lage vor Ort es zulassen wird, dass die internationale Gemeinschaft es sich leisten kann, auf militärische Präsenz in Kosovo zu verzichten. Im Laufe des kommenden Jahres werden National- und Ständerat über eine allfällige Weiterführung des Swisscoy-Einsatzes zu bestimmen haben.

Auftragserfüllung

Das Jahr 2006 war in verschiedener Hinsicht ein Übergangsjahr. Eine Entscheidung in der Frage über den künftigen politischen Status Kosovos, die jegliche Debatte dominiert und alle Entwicklungen beeinflusst, wurde angekündigt und wieder verschoben.

Gerade in dieser oberflächlich ruhigen, aber in der Substanz höchst instabilen Situation hat die Swisscoy auch 2006 ihren Auftrag zugunsten der internationalen Gemeinschaft zuverlässig und zur vollen Zufriedenheit aller Partner erfüllt. Das Schwergewicht der Leistungserbringung der Swisscoy hat sich, wie im Bericht 2005 bereits angekündigt, von Logistik- und Genieleistungen zu verstärkten Sicherheitsleistungen, die von der Infanterie der Swisscoy erbracht werden, verschoben.

Einsatz der schweizerischen Infanterie

Die schweizerische Infanterie kommt in periodischen Abständen nun auch in den Einsatzräumen anderer Task-Forces zum Einsatz. Dieser erfolgt weiterhin nach den bewährten Einsatzregeln (*Rules of Engagement*), welche den Einsatz tödlicher Gewalt nur als letztes Mittel zur Notwehr und Not-

wehrhilfe zulassen. Diese eng gefassten Einsatzregeln decken sich mit denjenigen der anderen Kontingente und haben sich in der Vergangenheit, auch während der März-Unruhen 2004, als völlig ausreichend erwiesen.

Logistikaufgaben

Die eigentlichen Logistikaufgaben lassen sich in zwei Kategorien aufteilen: Einerseits Transportleistungen zugunsten aller Verbände der Multinationalen Task-Force Süd MNTF(S), andererseits die Sicherstellung des Betriebs und der Versorgung der Swisscoy, inkl. der logistischen Heimatanbindung.

Struktur und Leistungsnehmer

Im Nachgang zum Umbau der KFOR-Strukturen wurde auch die interne Struktur der Swisscoy innerhalb der unverändert geltenden, mit Parlamentsbeschluss vom 6. Juni 2005 festgelegten personellen und finanziellen Obergrenzen dem neuen Aufgabenspektrum angepasst. Im Wesentlichen besteht die Swisscoy seit Einsatzbeginn des 15. Kontingents, das heisst seit Anfang Oktober 2006, aus zwei Teilen:

■ Das Gros des Kontingents erbringt militärische Dienstleistungen zugunsten der KFOR-Partner. Dieses untersteht weiterhin vollumfänglich dem Nationalen schweizerischen Kontingentskommandanten (NCC = National Contingent Commander). Für seine taktische Auftragserfüllung ist es dem jeweiligen multinationalen Vorgesetzten zur Zusammenarbeit zugewiesen.

■ Die übrigen Teile der Swisscoy erbringen Leistungen, die für das Funktionieren der gesamten Swisscoy erforderlich sind. Konkret umfasst dies den Stab des NCC, die Nachrichtenzelle, einen Übermittlungszug, Elemente für Nach- und Rückschub, Fahrzeug- und Geräteunterhalt, Sicherstellen der Wasserversorgung und ein Detachement für Betrieb und Wartung des Feldlagers Casablanca in Suva Reka.

Diese neue Gliederung hat sich als effizient und zweckmässig erwiesen. Sie bewährt sich insofern, als eine Trennung zwischen den Leistungserbringern für Partner und Elementen, die für den Betrieb verantwortlich sind, auch kommandomässig klar unterschieden werden kann.

Unfälle

Weder bei Arbeits- noch Verkehrsunfällen erlitten Angehörige

der Swisscoy bleibende Schäden, und es gab während der Berichtsperiode auch keine Unfälle mit Schusswaffen. Der grosse Aufwand während der Einsatzvorbereitung in der Schweiz und im Einsatz selbst zugunsten der Unfallprävention zahlt sich weiterhin aus.

Personelles

Die Freiwilligenmeldungen für einen Swisscoy-Einsatz bewegten sich über die gesamte Berichtsperiode qualitativ und quantitativ konstant. Weiterhin schwierig zu rekrutieren sind Stabsoffiziere, Ärzte und Spezialisten in besonderen Unterhaltsbereichen, die entsprechende militärische Vorbildung verlangen, sowie Besatzungen für die Radschützenpanzer. Im Kontingent 16 sind 11 Romands und 10 Tessiner dabei, was an und für sich eine erfreuliche Zunahme bedeutet, jedoch gleichzeitig nicht zu unterschätzende Verständigungsschwierigkeiten mit sich bringt.

Erfahrungen aus dem Einsatz

Der Swisscoy-Einsatz bringt wertvolle Erfahrungen, die der ganzen Armee zu Gute kommen. So wurden zum Beispiel die Basisreglemente der Infanterie im Licht der Kosovo-Erfahrungen angepasst. Material und Fahrzeuge werden im Kosovo durch den Dauereinsatz-Belastungen unterzogen, die im nationalen Friedensbetrieb so nicht auftreten. Daraus wurden Lehren vor allem für den präventiven Unterhalt gezogen, die jetzt der ganzen Armee zu Gute kommen. Der Swisscoy-Einsatz zeigt aber auch, dass gewisse nationale Verfahren im Vergleich mit Partnerarmeen überlegen sind. Darunter fallen namentlich unsere Stabs- und Führungsprozesse.

Perspektiven

Die weiteren Entwicklungen im Kosovo sind im Moment kaum abzuschätzen. Alles wird davon abhängen, welche Lösungen in der Statusfrage gefunden werden und wie die betroffenen Bevölkerungsteile Kosovos darauf reagieren. Die Swisscoy ist in der heutigen Konfiguration für die verschiedenen Eventualitäten gerüstet. Dies betrifft sowohl die Qualität von Kader und Truppe als auch Struktur, Ausrüstung und Wirkungsmittel.

Auch wenn sich die Lage weiterhin gewaltfrei entwickeln sollte, ist davon auszugehen, dass internationale Militärpräsenz noch während Jahren die friedliche

Entwicklung Kosovos vor Ort absichern muss. Die Beteiligung der Schweiz an dieser militärischen Präsenz ist angesichts des hohen nationalen Interesses an der Stabilität im Kosovo sinnvoll und wird von unserem Land auch erwartet.

Weiterführung des Einsatzes

Das aktuelle Mandat der Swisscoy läuft Ende 2008 aus. Der Bundesrat wird dem Parlament in der Wintersession 2007 eine Botschaft zur Weiterführung des Einsatzes überweisen. Die parlamentarische Beratung wird Gelegenheit bieten, alle Aspekte des schweizerischen militärischen Engagements im Kosovo vertieft zu diskutieren.

Jahresbericht 2006 der PSO-Kommission

Ausgangslage

Die ausserparlamentarische Kommission für militärische Einsätze der Schweiz zur internationalen Friedensförderung (PSO-Kommission) berät das EDA und das VBS in politischen und konzeptionellen Fragen betreffend die Entsendung von schweizerischen Personen und Truppen für internationale militärische Friedensförderungseinsätze. Sie begutachtet Vorhaben und Massnahmen und weist aus eigener Initiative auf allfällige Probleme hin.

Zusammensetzung der Kommission

Die PSO-Kommission setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Peter Bieder, Dr. Claire-Lise Chagnat, Lisbeth Fehr, Dr. Bruno Lezzi, Peter Niggli, Jacques Pilet, Dr. Barbara Polla, Charles Raedersdorf (Präsident), Danielle Rentsch (Vizepräsidentin), Irène Thomann Baur und Prof. Dr. Hans Zbinden.

Das Sekretariat der Kommission wird durch das VBS (Direktion für Sicherheitspolitik, DSP) sichergestellt.

Auftrag der Kommission

Die PSO-Kommission:

- berät das EDA und das VBS in politischen und konzeptionellen Fragen betreffend die Entsendung von schweizerischen Personen und Truppen für internationale militärische Friedensförderungseinsätze;
- begutachtet Friedensförderungsvorhaben und -massnahmen des EDA und des VBS;
- weist aus eigener Initiative auf

allfällige Probleme im Bereich Friedensförderung hin;

■ hört Kreise, die im Parlament nicht zwingend vertreten sind und ein besonderes Interesse am militärischen Friedensförderungsdienst haben, an;

■ bringt eine nicht parteipolitisch motivierte Meinung ein;

■ bringt eigene Erfahrungen ein.

Die PSO-Kommission legt die Schwerpunkte ihrer Arbeit im Einvernehmen mit dem VBS und dem EDA fest. Sie verfasst einen jährlichen Bericht zuhanden des Bundesrates mit Einschätzungen und Empfehlungen zu den laufenden friedensfördernden Operationen, an denen schweizerisches Personal oder Verbände teilnehmen.

Überblick der Aktivitäten 2006

Die PSO-Kommission hat 2006 wiederum eine Vielzahl von Themen behandelt. Der Fächer reichte vom Ausbau der schweizerischen militärischen Friedensförderung bis zur Stellungnahme zur Motion von Nationalrätin Evi Allemann.

Inhalt der Motion Allemann

Die Motion fordert den Bundesrat auf, das Mandat der PSO-Kommission auf die Gesamtheit der friedensfördernden Massnahmen der Schweiz auszuweiten und diese einzuladen, den Jahresbericht und weitere geeignete Unterlagen und Stellungnahmen zu veröffentlichen.

Haltung des Bundesrates

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Im Rahmen der Verwaltungsreform hat der Bundesrat mit dem Teilprojekt «ausserparlamentarische Kommissionen» eine Überprüfung dieser Kommissionen anhand der Notwendigkeit, Grösse, Zusammensetzung und Aufgabenerledigung angeordnet. Es ist möglich, dass als Folge dieser Überprüfung bestehende Kommissionen aufgelöst oder zusammengelegt werden. Ebenso sollen bis zu den Gesamterneuerungswahlen im Jahr 2007 grundsätzlich keine zusätzlichen Kommissionen mehr geschaffen und keine Vakanzen in Kommissionen mehr besetzt werden. Eine allfällige Erweiterung des Mandats der PSO-Kommission – und allenfalls auch der Kommission an sich – sollte daher erst nach Abschluss des Teilprojekts «ausserparlamentarische Kommissionen» geprüft werden. ■